

Protokoll:

Seitens der Verwaltung wurde dem Ausschuss nochmals dargestellt, dass es sich bei den finanzierten Maßnahmen um Projekte im Bereich der Schulsozialarbeit handelt, die auch als solche befristet ausgeschrieben waren. Die Finanzierung des Bundes endet im Rahmen der Bildung und Teilhabe Ende des Jahres und das Land sieht keine Möglichkeit der Anschubfinanzierung, ebenso auch keine Möglichkeit seitens der Stadt.

Alle Fraktionen sprachen sich einheitlich dafür aus, nochmals ein Schreiben seitens der Stadtspitze an den Bund und das Land zu verfassen, mit dem Inhalt, dass die positiven Ergebnisse der Projektes der Jahre 2011-2013 deutlich machen wie wichtig dieses Thema in Koblenz ist, verbunden mit der Bitte nach übergreifenden Finanzierungsmöglichkeiten auf Bundes- oder Landesebene zu suchen. Daneben sprach sich der Ausschuss dafür aus, eine Empfehlung an den Haupt- und Finanzausschuss für die Mittelfinanzierung ab 2014 aufzunehmen.